

## Von der Frauenpolitik zur ....

### .... Integrierten Geschlechterpolitik<sup>ii</sup>

*Es gibt politische Erfolge, politische Niederlagen - und das was jüngst dem Gleichstellungsgesetz aus dem Bundesfrauenministerium passiert ist: der sang- und klanglose Untergang. Das wäre vielleicht wirklich nicht erwähnenswert, handelte es sich hier nicht um das Herzstück der klassischen (west-)deutschen Frauenpolitik, die in der Folge von 68 in dieser Republik, die Verhältnisse der Geschlechter einschneidend verändert hat. Selbst die soft law genannte Preisgabe wichtiger Essentials (die Unternehmen sollten nur noch irgendwas für Frauenförderung tun) hat nichts mehr retten können: In einem Spitzengespräch im März 2001 teilt der Kanzler, assistiert von den Spitzen der Wirtschaft der zuständigen Ministerin mit, das selbst eine Selbstverpflichtungsregelung nicht gewünscht sei. Das war's. Was vor Jahren noch Proteststürme und politische Debatten ausgelöst hätte, bewirkt inzwischen gerade noch ein paar pflichtschuldige Presseerklärungen.*

Die Frauenpolitik steckt in einer tiefen Krise, die sie selbst kaum reflektiert. Hat sie an Unterstützung verloren, weil sie so erfolgreich war und sich ihr Thema erledigt hat? Oder hat sich die Gesellschaft mit den (noch) bestehenden Ungerechtigkeiten im Geschlechterverhältnis abgefunden, weil sie doch natur- oder gottgegeben sind bzw. das Publikum des Missionierens überdrüssig ist. Oder stimmt mit der frauenpolitischen Strategie etwas nicht? Taugen die Ansatzpunkte, die viele Jahre erfolgreich waren, nicht mehr zur Lösung der, wenn auch in anderer Form, weiterbestehenden Probleme?

#### **Auf halbem Weg**

Der Verdienst der neuen Frauenbewegung, den man/frau irgendwann historisch nennen wird, liegt zum einen in der Durchsetzung der formalen Gleichberechtigung - kein Gesetz mehr, indem Frauen unmittelbar schlechtere Rechte hätten und kein Tarifvertrag, nach dem Frauen für die gleiche Arbeit weniger bekämen - und zum anderen in einem säkularen Einstellungswandel weit über die Rolle der Frau hinaus.

In erstaunlichem Kontrast dazu steht die Empirie des Geschlechterverhältnisses. Weder in die eine noch in die andere Richtung sind die große Durchbrüche gelungen. In der traditionellen Welt der Frauen und Mütter sind Männer mit einem relativ konstanten Anteil an der Elternzeit von um die 2% Zaungäste. Der 13%ige Männeranteil an der Teilzeitarbeit unterstreicht dies, vor allem wenn man in Rechnung stellt, dass es bei Männern mehr als bei Frauen außer Kinderbetreuung noch viele weitere gute Gründe für Teilzeitarbeit gibt.

Da es in den Geschlechterrelationen um komplementäre Verhältnisse geht, wäre verwunderlich, wenn sich in der traditionellen Männerdomäne Erwerbsarbeit ein völlig anderes Bild ergäbe. Die Frauenerwerbsquote - wegen verschiedener Einflussgrößen nur bedingt als Gradmesser für Emanzipation geeignet - ist in den letzten 10 Jahren lediglich um einen Prozentpunkt auf 58% gestiegen ist. Berücksichtigt man, dass die (Zunahme der) weibliche(n) Erwerbstätigkeit überproportional auf Teilzeitarbeit, oft ungeschützten Arbeitsverhältnissen basiert und Frauen in der Einkommenspyramide in den unteren Regionen überdurchschnittlich vertreten sind, dann muss man einräumen, dass sich auch in der Erwerbssphäre materiell an den alten Verhältnisse wenig geändert hat und wir auch nach 30 Jahren Frauenbewegung von einem Zustand der Gleichberechtigung weit entfernt sind.

Alles spricht dagegen, dass sich die Gesellschaft oder die Einzelnen mit diesem status quo arrangiert hätten oder arrangieren könnte. Die Vorstellungen Chancengleichheit und Partnerschaftlichkeit sind inzwischen so tief in der Gesellschaft verwurzelt, dass selbst die konservativen Parteien sie übernommen haben. Dies findet seine Bestätigung in gleich tendierenden Einstellungsuntersuchungen und nicht zuletzt in der modernen Werbung, deren Leit-Bilder die starke, unabhängige und erfolgreiche Frau und seit einiger Zeit, fast schon penetrant, der familienorientierte verantwortungsbewusste Mann sind. Die Aussicht, der Emanzipationsprozess könnte auf halbem Weg steckenbleiben, indem eine Kluft zwischen weitergehenden Erwartungen und stagnierender Wirklichkeit zum Dauerzustand wird, ist für alle Beteiligten unbefriedigend.

Für Frauen, weil sie sich nicht länger in die Alternative Familie/Kinder oder Arbeit/Beruf zwingen lassen wollen - eine Alternative, die für sie meist mit Verzicht oder unbefriedigenden Kompromissen ausgeht. Für Kinder, weil sie bei den vorherrschenden Rollenarrangements und -Kompromissen oft zu kurz kommen und weiter unter „vater morgana“ leiden. Auch das Ausmaß und die ungebrochene Zunahme von Trennung und Scheidung, deren allererste Opfer die Kinder sind, ist eine mittelbare Folge widersprüchlicher Rollenerwartungen.

Den Männern selbst wird vielleicht als letzten zugebilligt, Opfer der resistenten Geschlechterverhältnisse zu sein. Zu viele Kompensations- und Ablenkungsmöglichkeiten machen nicht nur andere sondern oft genug sie selbst glauben, die Gewinner des status quo zu sein. Wie verunsichernd und mit schmerzhaften Krisen in der Erwerbs- wie in der Familiensphäre gepflastert der Weg weg von der eindimensionalen Erwerbsorientierung ist, erleben viele Einzelne. Dass es sich um ein geschlechtsspezifisches aus der Umbruchsituation erklärliches

Problem handelt zeigen die Statistiken über Tode, Suicide, Gewaltopfer und am eindrücklichsten die über die gesellschaftlich offensichtlich akzeptierte sechs Jahre geringere Lebenserwartung von Männern.

Unterdessen wandelt sich das öffentliche Bild der Männer und Väter rapide. Derzeit scheint nachholend mehr Bewegung auf Männer- als auf Frauenseite. Die Gesellschaft wünscht den stärker familienorientierten und verantwortungsbewußten Mann und Erwartungen und Selbstbilder der Männer entwickeln sich in die gleiche Richtung. Die Werbewirtschaft mit ihren allgegenwärtigen emotionalen Botschaften, in denen der zugewandte Vater zu einer Art Leitbild stilisiert ist, kann als Seismograph für einen tiefer gehenden Rollenwandel verstanden werden. Aber auch Einstellungsuntersuchungen aus der Zeit- und aus der Geschlechterforschung<sup>1</sup> bestätigen den Sichtwechsel aus Seiten der Männer.

Die gesellschaftlichen Folgen und Folgekosten all dieser Widersprüche sind zunehmend Sand im Getriebe von Ökonomie und Gesellschaft, hörbar und destruktiv an verschiedenen Stellen.

- Die Vereinbarkeitsprobleme berufstätiger Frauen und zunehmend auch Männer irritieren die betriebliche Personalpolitik. Ungelöste Betreuungsprobleme bei Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, Schwierigkeiten Alleinerziehender oder Trennungskonflikte schwappen in die Betriebe und sind dort mit einer für familiäre Rahmenbedingungen sensibilisierten Personalpolitik nur teilweise aufzufangen.
- Einer ganzen Frauengeneration gleichwertige Bildungschancen einzuräumen, sie dann hochqualifiziert wieder an die Kochtöpfe zu entlassen oder nur unterfordert weiterzubeschäftigen ist eine volkswirtschaftlich teure Irrationalität.
- Ein weiterer hoher, wenn auch anonym bezahlter Preis ungleicher Geschlechterverhältnisse ist die Gewaltpolitik. Neben vielen ökonomischen und politischen Gründen für Gewaltaffinität können belastete Entwicklungsprozesse besonders bei Jungen als Grund für die unterentwickelte Fähigkeit zur friedlichen Konfliktlösung identifiziert werden<sup>2</sup>. Die weiterhin fehlende alltägliche und emotionale Präsenz von Männern und Vätern erschwert Jungen und Söhnen die Herausbildung einer verantwortungsbewussten Männlichkeit und macht sie anfällig für abstrakt destruktive Bilder von Männlichkeit.

### **Dreh- und Angelpunkt: Die Phase der Familiengründung**

Die Zwischenbilanz nach dreißig Jahren Frauenpolitik ist also eine Gesellschaft, die eine weitergehende Vorstellung von Gleichberechtigung und Partnerschaftlichkeit hat, als sie verwirklicht. Die biographische Phase der Familiengründung ist hier in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung: sie eröffnet eine Erklärung für dieses scheinbare Paradoxon, sie ist der Drehpunkt in den

---

<sup>1</sup> Zulehner/Volz ..

<sup>2</sup> Pfeiffer .., Pilgrim

individuellen gender-Biographien und sie ist der Angelpunkt, an dem eine neue Geschlechterpolitik den Hebel ansetzen müsste.

Bis zur Geburt bzw. dem Hinzukommen von Kindern verlaufen die weiblichen (Erwerbs-)Biographien ziemlich parallel zu den männlichen. Bei Frauen ohne Kinder bleibt es im wesentlichen bei dieser Parallelität. Der schwache Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit vor allem in den qualifizierten Berufsfeldern, in Politik und Führungsfunktionen erklärt sich im wesentlichen durch das Ausbleiben der restringenten Wirkungen der Familiengründungsphase für Frauen ohne Kinder. Sie können die große frauenpolitische Errungenschaft gleichwertiger Qualifikationen (seit Jahren schließen z.B. mehr Frauen als Männer ein Hochschulstudium ab) für ihre persönliche Entwicklung nutzen, während für Frauen mit Kindern die erwerbsbiografische Verlauf abknickt und sich erst mit mehrjähriger Verspätung und auf viel niedrigerem Niveau wieder dem der durchgehend erwerbstätigen Männer parallelisiert.

Der Widerspruch auf seiten der Männer liegt darin, dass sich für sie zu dem Zeitpunkt, zu dem sich etwas ändern sollte, nichts ändert. Im Gegenteil: ihre Erwerbsneigung nimmt mit der Geburt von Kindern eher noch zu. Obwohl sie mehrheitlich bereit sind, einen größeren Anteil an der Kinderbetreuung zu übernehmen, bauen sie faktisch ihre Ernährerrolle aus, indem sie in höherem Maße Überstundenarbeit leisten oder um berufliche Ein- und Aufstiege kämpfen.

Die Erklärung für diese in der Familien- und Geschlechterforschung als Traditionalisierung<sup>3</sup> beschriebene Divergenz des tatsächlichen Verhaltens der Beteiligten von ihren Einstellungen und Wünschen liegt in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Ausschlaggebend für die Entscheidung junger Familien - Väter und Mütter, nicht etwa die einen ohne oder gegen die anderen - ist die „betriebswirtschaftliche“ Situation der Familie, von der sich allenfalls junge Eltern besseren Einkommens weniger stark leiten lassen müssen.

- Solange es kein nettolohnbezogenes Erziehungsgeld gibt, schlägt sich der Einkommensvorsprung des Vaters unmittelbar als Minus im Familienbudget nieder, wenn der Vater Elternzeit nimmt. Die väterliche Elternzeit wird zum emanzipatorischen Luxus zum Preis von z.B. 10 000 DM in einem Jahr.
- Die einkommenssteuerrechtliche Konstruktion des Ehegattensplittings erhöht das Familieneinkommen in dem Maße wie die Ehegatteneinkommen voneinander abweichen. Die Hausfrauenehe ist die betriebswirtschaftlich günstigste Konstellation.
- Das Fehlen (zumutbarer) Kinderbetreuungseinrichtungen, besonders im Altersbereich unter drei zwingt Eltern über einen längeren Zeitraum zu einer geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung und verfestigt so das traditionelle Rollenmuster bei Männern und Frauen.

---

<sup>3</sup> Fthenakis ..., Vaskovic ..

Rahmenbedingungen wie diese sind kein Zufall, sondern spiegeln ein gesellschaftliches Leitbild von Familie und Geschlechterrollen wider (und setzen es durch) - nur eben nicht das Leitbild von heute, sondern das aus der Gründungszeit dieser Republik. Die Familienpolitik der Fünfziger Jahre, geprägt von Franz-Joseph Wurmeling hat dieser Gesellschaft geschlechterpolitische Korsettstangen eingezogen, die auch heute noch das Verhalten vieler Menschen in eine andere Richtung zwingt als sie es wollen.

Die Überwindung dieser Elemente eines patriarchalen Sozialstaats ist die bisher ungelöste Aufgabe der Geschlechterpolitik. Sie erklären, warum gewandelte Einstellungen sich so unzureichend zu Verhaltenswandel führt. Die erste Schlussfolgerung für Geschlechterpolitik von heute ist daher eine höhere Priorität auf die geschlechtsspezifischen Rahmenbedingungen und Strukturfragen zu legen als auf Maßnahmen, die auf Einstellungsänderungen zielen. In diesem Sinne ist die Werbekampagne der Bundesregierung für ein neues Väterbild ( ) zwar als Bekenntnis zu einem die Männerfrage einbeziehenden Politikansatz zu begrüßen, die Eulen wären jedoch besser in andere Regionen als nach Athen getragen worden.

### **Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung - die 25-Prozent-Lösung**

Während der politische mainstream die betriebliche Frauenförderung als das Top-Thema der Frauenpolitik kurzerhand für out erklärt, setzt er unversehens eines ihrer weiteren, allerdings nur auf einem mittleren Platz rangierendes Anliegen auf Platz 1 der Tagesordnung dieses Themenfeldes: den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung. Dass der sich anbahnende Durchbruch nicht der Frauenpolitik zuzuschreiben ist, sondern auf das gewachsene personalwirtschaftliche Interesse der Wirtschaft zurückzuführen ist, qualifizierte Frauen und zunehmend auch Männer mit Vereinbarkeitsproblemen an die Unternehmen zu binden, spricht nicht gegen diese Entwicklung, sondern sollte als familien- und geschlechterpolitischer windfall-profit verbucht werden.

Ein Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung wäre für viele junge Mütter und Väter ein Segen sein, weil er den Vereinbarkeitsdruck abmildern würde. Das geschlechterpolitische Dilemma in der Familiengründungsphase wird dieser Ansatz allein jedoch - strategisch gesehen - nur zu einem Viertel auflösen können: das Geschlechterverhältnis selbst bleibt unangetastet. Innerhalb der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung wird die Betreuungsfunktion, sagen wir um die Hälfte, entlastet. Die andere Hälfte des Vereinbarkeitsproblems bleibt - von der häuslichen Betreuung über den Gang zum Arzt und Frisör bis zur Teilhabe an Elternabenden in Kindergarten, Schule oder Sportverein. An der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung selbst ändert der Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung wenig. Die Umverteilung von Familien- und Erwerbsarbeit bleibt ausgespart. Die Männer werden die familiären Aufgaben nicht stärker übernehmen und damit in der Erwerbswelt auch nicht die Plätze freimachen für von der Familienarbeit entlastete Frauen. Umgekehrt könnte trotz der absehbaren Entlastungswirkungen eine Beschränkung auf die Perspektive öffentlicher Kinderbetreuung auch zu einer Verfestigung traditioneller Rollenmuster führen.

## **Anforderungen an eine neue Geschlechterpolitik**

Eine Strategie, die aus der geschlechterpolitischen Stagnation herausführt und die bisher nicht gelösten Probleme der Gleichberechtigung überwinden will, muss sich den folgenden Eckpunkten entlang formulieren:

- Die Regularien des patriarchalen Sozialstaats, die wie von unsichtbarer Hand Frauen auf die eine und komplementär Männer auf die andere Rolle festschreiben (Ehegattensplitting, Rentenrecht, Elternurlaub, öffentliche Kinderbetreuung) müssen in einem geschlechterdemokratischen Sinne modernisiert werden.
- Frauenförderung im System Arbeitswelt wird keine weiteren Erfolge mehr zeitigen, solange nicht auf der Gegenfahrbahn, im System Familie, die überfälligen Veränderungen in Gang kommen. Schwerpunkt einer neuen Geschlechterpolitik muss der Rollenwandel im familiären Bereich sein.
- Damit werden die Männer zum Thema von Geschlechterpolitik. Der Stopfen auf der einen Seite der kommunizierenden Röhren des gender-Systems muss gelöst werden, damit sich die Pegelstände im Familien- wie im Erwerbsbereich ausgleichen können: Männer werden ihre Plätze im Reproduktionsbereich einnehmen müssen (und wollen das ja auch zunehmend) und damit als mittelbaren Effekt neue Spielräume für Frauen im Erwerbssystem öffnen.
- Männer können nicht Thema von Geschlechterpolitik sein, ohne auch ihr Subjekt zu sein. Geschlechterpolitik gegen Männer mag lange notwendig gewesen sein, ist es heute allenfalls noch in Grenzbereichen. Frauenpolitik ohne, an Stelle von, oder für Männer, in vielen verschiedenen Varianten versucht, ist entweder hilflos oder gouvernemental, in jedem Fall aber wirkungslos. Geschlechterpolitik muss also geschlechtsübergreifend unter Einbeziehung von Männern angelegt sein.

## **Von der Frauenförderpolitik ....**

Geschlechterpolitik in Form der klassischen Frauenpolitik wird diesen Anforderungen nicht mehr gerecht. Insbesondere mit ihrem Übergang vom Status einer Bewegung zu einem stark institutionalisierten Politikfeld ist sie zu einer administrativen Antidiskriminierungs- und vor allem betrieblichen Frauenförderpolitik geworden. Eine ihrer tragenden Säulen sind die betrieblichen Frauenbeauftragten, die im Rahmen von Frauenfördergesetzen und betrieblichen Frauenförderplänen agieren. Ihr Handlungsrahmen ist der Betrieb, ihre Klientel, auf die sie per Richtlinien oder Wahlakt ausgerichtet sind, sind die Frauen im Betrieb.

Das Problem schikanierender und Frauen blockierender Männer ließ sich ja noch innerhalb des Systems Betrieb thematisieren, nicht aber das Problem der familiär nicht entlastenden Männer. Die fortbestehende Hauptverantwortung für die familiären Aufgaben ist heute aber zum wichtigsten handicap von Frauen (mit Kindern) bei beruflichen Ein- und Aufstiegen geworden. Dieses zukunftsentscheidende Problemfeld erreicht betriebliche Frauenpolitik nicht. Da, wo sie es versucht, droht sie ihr Mandat zu überschreiten. Und sie erreicht auch personal nicht die Frauen, die wegen des Vereinbarkeitsproblems an der Schwelle der Festung Betrieb scheitern oder in den vorgelagerten Grauzonen ungeschützter Arbeitsverhältnisse hängenbleiben.

Damit gerät die institutionelle Frauenpolitik in eine bedrohliche Lage geraten. Der gesellschaftliche Unterbau (Frauenbewegung) ist ihr abhanden gekommen. Wesentliche Erfolge über den Kreis der betrieblich integrierten Frauen ohne Vereinbarkeitsproblem hinaus sind ausgeblieben und werden sich mit dem strategischen Arsenal der klassischen Frauenpolitik auch nicht erreichen lassen. Das für ihre institutionelle Existenzabsicherung unerlässliche Versprechen, die weiterhin offenen Probleme im Geschlechterverhältnis zu überwinden, kann sie mit ihrer derzeitigen Programmatik und Verfasstheit nicht einlösen.

In dieser Situation wird auf dem schlingernden Frauendampfer eine neue Flagge namens „gender mainstreaming“ gehisst, unter der sich wieder alle sammeln sollen. In diesem seit der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in der Exegese befindlichen Begriff kann jedoch kaum eine Antwort auf das strategische Problem der Frauenpolitik gesehen werden. Der Anspruch ist auch gar kein inhaltlicher, sondern ein organisationspolitischer. Die frauenpolitischen Anliegen sollen nicht mehr nur in isolierten Zuständigkeiten, sondern als Querschnittsaufgaben verfolgt werden. „In allen Politikbereichen und in jedem Fall ist nachzuprüfen, welche Auswirkungen Politik für die Situation der Frauen hat und in welcher Weise geplante Maßnahmen die spezifische Lebenssituation von Frauen .. verbessern“<sup>4</sup> Barbara Stiegler, eine der wichtigsten Protagonistinnen dieses Konzepts, räumt ein: „Die Frage, in welche Richtung sich die Geschlechterverhältnisse verändern sollen, muss durch eine politische Zielsetzung beantwortet werden. Gender mainstreaming als Prinzip ersetzt nicht die politische Festlegung dieser Ziele.“<sup>5</sup>

Die inhaltliche Unbestimmtheit erlaubt den Rahmen mit weiterentwickelten Ansätzen z.B. der Geschlechterdemokratie zu füllen, verführt aber auch dazu, sich dem notwendigen Strategiewechsel in der Genderpolitik zu entziehen und eine perspektivlos gewordene Frauenförderpolitik unter neuer Überschrift und administrativ ausgeweitet fortzusetzen. Unverständlich bleibt der große Stellenwert, den die Frauenpolitik diesem (Organisations-)Konzept beimisst. Ob man/frau in dem Ansatz mehr die Chance zu Neuem oder mehr das Risiko eines „Weiter so“ sieht, bleibt eine taktische Geschmacksfrage.

---

<sup>4</sup> Aktionsprogramm der 4. Weltfrauenkonferenz, in: Friedrich-Ebert-Stiftung 1996, Frauenpolitik nach Peking

<sup>5</sup> dies., Wie Gender in den mainstream kommt, FES 8/2000

#### ..... zur integrierten Geschlechterpolitik

Ziel von Geschlechterpolitik ist Geschlechterdemokratie, also die Herstellung eines Zustands gleicher Chancen, Rechte und Pflichten der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Bereichen. Nachdem Geschlechterpolitik immer Frauenpolitik war, wird das was noch nicht erreicht wurde und so nicht mehr erreicht werden kann mit der Strategie einer integrierten Geschlechterpolitik erreichbar.

Die Erwerbs- und die Familiensphäre sind zwei komplementäre Seiten eines Politikfeldes. Die Distanz und Bezuglosigkeit zwischen einer arbeitsweltzentrierten Frauenpolitik und einer weitgehend geschlechtsneutral denkenden Familienpolitik wird in eine integrierte Geschlechterpolitik zusammengeführt.

Männer- und Frauenthemen sind, beide für sich und beide in ihrem Bezug auf das andere, Gegenstand integrierter Geschlechterpolitik. Die bisherige Frauenpolitik wird nicht für „falsch“ erklärt (sie ist nur an Grenzen gestoßen), sondern sie ist als integrierter Teil von Geschlechterpolitik effizientere Frauenpolitik.

Frauen und Männer sind gemeinsam Subjekt von Geschlechterpolitik zur Erreichung der Geschlechterdemokratie. Vielmehr als in inhaltlichen oder strategischen Aspekten dürfte in der Frage der Einbeziehung von Männern in das ureigenste, weil autonom und gegen Männer erkämpfte Politikfeld von Frauen und in „ihre“ Institutionen die Hürde eines Paradigmenwechsels in der Geschlechterpolitik liegen. Es geht um Ressourcen, um Berufsperspektiven, unterschiedliche Politikstile oder kulturelle Barrieren. Der theoretischen Einsicht in die Notwendigkeit dieser Entwicklung stehen Ängste, Autonomie zu verlieren und wieder von Männern dominiert zu werden („Dafür haben wir nicht 30 Jahre gekämpft“, „Wer weiß welche Männer sie uns dann hier reinsetzen?“).

Der Wechsel in das neue Politikmodell wird nicht umsturzartig vonstatten gehen, sondern in Form eines langfristigen Organisationsentwicklungsprozesses, indem sich politische Konzepte, Formen der Diskussion und Kooperation und auch neue AkteurInnen herauskristallisieren werden. Die Umorientierung wird eher bei den größeren bzw. bei den geschlechterpolitisch sensibilisierten Organisationen und Institutionen beginnen. Erstgeburtsrechte hat die Heinrich-Böll-Stiftung mit ihrer „Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie“. ver.di hat auf Bundesebene und demnächst in vielen Landesbezirken geschlechterparitätisch besetzte Gender-Referate, Unternehmen wie die Commerzbank oder die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern praktizieren Ähnliches ohne auf die in der Diskussion eingeführten Bezeichnungen zurückzugreifen<sup>6</sup>.

---

<sup>6</sup> Sehr ambivalent sind Ansätze der hessischen Landesregierung und vor allem der schwarz-braunen Bundesregierung in Österreich zu bewerten, das Männerthema politisch aufzugreifen bzw. einen Männerbeauftragten zu institutionalisieren (Wien). Im einzelnen emanzipatorische Ansätze stehe hier in Widerspruch zu einer insgesamt eher restaurativen Geschlechterpolitik.

Anstöße für den Mut zum Wandel ergeben sich aus den mangelnden Perspektiven und Zukunftsrisiken einer gesellschaftlich nicht mehr getragenen und (weil) politisch nicht mehr wirksamen herkömmlichen Frauenpolitik einerseits, andererseits aus den Chancen, viele steckengebliebenen Anliegen und Projekte in einem neuen politischen Rahmen wieder in Gang bringen zu können. Das könnte z.B. für das Thema häuslicher Gewalt gelten, bei dem der gesetzgeberische Vorstoß (Wohnungszuweisungsgesetz) trotz berechtigter Anliegen vor allem als Gesetz von Frauen gegen Männer wahrgenommen wird. Das könnte für die von Rot-Grün für die nächste Legislaturperiode wieder auf die Tagesordnung gesetzte Abschaffung/Modifizierung des Ehegattensplittings gelten, bei der herauszustellen wäre, dass es nicht nur um die Festschreibung von Frauen auf die Hausfrauenrolle, sondern auch von Männern auf die Ernährerrolle geht. Das könnte für das verminten Gelände des Familien- und Kindschaftsrechts gelten, bei dem zu oft emotionalisierte Teilinteressen gegeneinander agieren und zuwenig gemeinsame Interessen, z.B. in Unterhaltsfragen, thematisiert werden.

Und das könnte auch für Frau Bergmanns Gleichstellungsgesetz gelten, wenn es nicht mehr als Frauenfördergesetz konnotiert würde, sondern, unterstützt von Männern und Frauen als Gesetz zur Förderung von Geschlechterdemokratie und Vereinbarkeit in der Privatwirtschaft antreten würde.

---

<sup>i</sup> Dr. rer. soc., Herausgeber paps - Zeitschrift für Väter/velber-Verlag, hauptberuflich Gewerkschaftssekretär bei ver.di

<sup>ii</sup> Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der familienpolitischen Tagung des BMFSFJ am 22./23. Mai 2001